



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/81

9.7.1948

Im Geist echter Freundschaft

Bemerkungen zur Englandreise von Fr. Heine

Die Mitglieder der Abordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sich drei Tage zu politischen Gesprächen in England aufgehalten hat, stehen unter dem bestimmten Eindruck, daß ihre Fahrt ein erfolgreicher Versuch war, das Interesse maßgebendster englischer Stellen für die deutschen Notwendigkeiten zu aktivieren. Der unmittelbare Anlaß für die Reise war die Berliner Krise. Es lag aber in der Natur der Sache, daß der Themenkreis sich im Laufe der Fühlungnahme erweiterte und vor allem die künftige Neuordnung Westdeutschlands eine erhebliche Rolle spielte.

Die Tatsache, daß die Delegation Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit dem britischen Außenminister hatte - als erste deutsche Abordnung überhaupt - war das sichtbarste Zeichen für die Wandlung, die die Beurteilung der deutschen Verhältnisse an führender englischer Stelle erfahren hat. Diese Wandlung geht, zumal nach den Londoner Beobachtungen, vorwiegend auf den Eindruck zurück, der der Abwehrkampf der Berliner Bevölkerung gegen die Vergewaltigung durch eine neue Diktatur gemacht hat und macht. Sie ist auch begründet in der Art und Weise, mit der der deutsche Westen diesen Abwehrkampf unterstützt. England und die übrigen Völker des Westens sehen täglich, wie mutig und opferbereit heute in Deutschland und insbesondere in Berlin um die Rettung einer freiheitlichen Demokratie gekämpft wird. Sie können sich infolgedessen immer weniger der Einsicht verschließen, daß aus dieser Tatsache sehr bestimmte Folgerungen gezogen werden müssen. Sie betreffen das Verhalten gegenüber den demokratischen Kräften in Deutschland, die ihr politisches Bekenntnis nicht allein mit Worten, sondern mit Taten und mit der Übernahme höchster Risiken ablegen. Erst in London selbst wurde ganz klar, wie sehr der vor allem von der Sozialdemokratischen Partei getragene Kampf in Berlin und wie sehr auch die logischerweise wieder von der SPD übernommene Führung bei der westdeutschen Solidaritätsaktion heute Elemente der großen internationalen Politik in sich tragen. Das deutsche Volk ist für absehbare Zeit ohne reale Macht. Aber diese Tage und Wochen sind ein Beweis, wie unmittelbar tiefgehende Wirkungen die Haltung der Bevölkerung eines so sich ohnmächtigen Volkes ausüben kann, wenn sie ein Beispiel von Kraft und Entschlossenheit gibt. Es ist einfach nicht mehr zu übersehen, daß die Politik der Sozialdemokratischen

Partei Deutschlands in dieser Hinsicht heute den wertvollsten Bestandteil der Bemühungen darstellt, dem eigenen Lande wieder erhöhte internationale Achtung und damit auch wachsende Bedeutung zu geben.

Der Londoner Besuch fand in einem denkbar günstigen Augenblick statt - an dem Tage, an dem die Westmächte ihre Noten in Moskau überreichten, wurde die Abordnung vom britischen Außenminister empfangen. Darüber sind Einzelheiten bereits mitgeteilt worden. Es bleibt aus dem persönlichen Eindruck heraus zu sagen, daß Bevin sich mit einem Interesse und mit einem Ernst dem Gegenstand dieses Gesprächs zuwandte, der einen weitgehenden Fortschritt in der richtigen Erkenntnis dessen sichtbar macht, was Deutschland not tut. Daß man entschlossen ist, aus solchen Einsichten sehr kompakte Schlussfolgerungen zu ziehen, zeigt der englische Einsatz bei der Hilfe für Berlin. Auf dem Hintergrund dieser Tatsache waren die Gespräche in London nicht etwa eine Art Bittgang, sondern die sehr offene Aussprache von Menschen, die sich ihres gemeinsamen letzten Zieles und auch dessen bewusst sind, daß man dieses Ziel nur durch gemeinsame Anstrengungen erreichen kann. Ein Zwischenfall war atmosphärisch bezeichnend. Am Schluß einer Pressekonferenz, die der Generalsekretär der Labour Party, Morgan Philips, leitete, stellte der TASS-Vertreter die provokatorische Frage, was die deutschen Delegierten sich eigentlich dabei dächten, auf englischem Boden gegen die russische Regierung Stimmung zu machen. Morgan lehnte die Frage brüsk als "impertinent" ab und gab damit deutlich zu verstehen, daß die Engländer sich heute immer mehr darüber klar werden, wo ihre eigentlichen Gegner stehen.

In dieser politischen Gesamtsituation wurde es auf beiden Seiten nur als natürlich empfunden, daß die Unterhaltungen durchweg sehr konkreten Charakter hatten. Sie betrafen drei Grundfragen: Berlin, das kommende Weststatut und die Währungsreform. In allen diesen Fragen fand der sozialdemokratische Standpunkt großes Verständnis. Mehrfach kam auch das Problem der künftigen deutschen Wirtschaftsgestaltung zur Sprache. Es zeigte sich, daß in führenden Labour-Kreisen unverändert die Auffassung von der Notwendigkeit besteht, die Sozialisierung der deutschen Grundstoffindustrien nicht aus den Augen zu lassen. Es war auch ein symptomatisches Zusammentreffen, daß die deutschen Gäste sich sehr eingehend mit Griffith an dem Abend des Tages unterhielten, an dem der von ihm geschaffene nationale Gesundheitsdienst in Kraft getreten war - das wichtigste neue sozialpolitische Faktum im Leben Englands, das einen jahrelangen heftigen Kampf im Sinne von Labour erfolgreich abschließt. Es ist ein durchgreifendes Gesetz, das praktisch jedem Engländer die Hilfe des Staates für den Fall gibt, daß er unverdient in Not kommt.

Solange es keine deutsche Regierung und keine berufenen Vertreter Deutschlands in Auslande gibt, werden Reisen wie die kürzliche nach London ihre ganz besondere Bedeutung haben. Die Kontakte werden auf einer menschlicheren als der offiziellen diplomatischen Ebene hergestellt und das ist sehr wichtig. Es ist in der gegenwärtigen Lage Deutschlands sogar die einzige Form, die Erfolg haben kann.

Flüchtlinge und Länderegoismus

Mit der Währungsreform und dem bevorstehenden Lastenausgleich ist das so viel erörterte und heiss umkämpfte Flüchtlingsproblem in ein schärferes Licht getreten. Unter diesen Zeichen stand auch die in Braunlage am Harz stattgefundene Tagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlingsverwaltungen in der Bizone. Es muss leider gesagt werden, daß Länderegoismus und Ministerialbürokratie unter vielem Aufwand und vorgetäuschter Betriebsamkeit bisher jeden Fortschritt im Flüchtlingsproblem verhindert haben. Auch auf der Tagung in Braunlage wurde viel beraten und erörtert. Die Verhandlungen wurden gegen den Willen einzelner Tagungsteilnehmer, besonders des niedersächsischen Ministers für Flüchtlingsangelegenheiten, Pastor Albertz, intern geführt. Lediglich am Ende des ersten Verhandlungstages wurden durch den Vorsitzenden und einzelne Sachbearbeiter einige nicht sonderlich stichhaltige Erläuterungen zur Tagesordnung gegeben, die geeignet war, weniger eine früher oder später bevorstehende Lösung aller schwerwiegenden Fragen, als vielmehr deren Ausweglosigkeit erkennen zu lassen. Der Lastenausgleich beispielsweise ist auf Länderbasis überhaupt nicht zu lösen, weil die am stärksten belegten Länder am wenigstens zahlungsfähig sind. Ausserdem aber müssten sich in die geringe Substanz die Mehrzahl der Reflektanten teilen. Der Lastenausgleich erfordert daher eine vorherige Umlegung der Flüchtlingsbevölkerung aus den überbesiedelten in die weniger besiedelten Gebiete. Diese Massnahme aber, die unter dem Begriff Bevölkerungsausgleich theoretisch als notwendig anerkannt wird, stösst in der Praxis auf den im Augenblick unüberwindlich scheinenden Widerstand der als Aufnahmegebiete vorgesehenen Länder. So bleiben tatsächlich die schwierigsten Aufgaben den schwächsten Partnern überlassen, und die gesetzliche Bestimmung, dass der Notenumlauf durch den Lastenausgleich keine Erhöhung erfahren dürfe, bildet alles andere als eine Erleichterung. Damit ist die von der Tagung formulierte Forderung, dass alle Schadensträger grundsätzlich gleich behandelt, aber dennoch individuell entschädigt werden, nicht mehr als eine je nach Einstellung schöne oder scheinheilige Geste ohne praktischen Hintergrund. Denn die Voraussetzung, die Schaffung einer einheitlichen Plattform aller Länder, zumindest vorläufig der Bizone, scheitert, wie dargelegt, am Starrsinn der Länder, die etwas zur Lösung beitragen könnten, das aber nicht wollen. Darum ist auch der Vorschlag, durch das zentrale Statistische Amt der Bizone eine Wohnraumzählung zu veranlassen, keine besondere Bedeutung in Richtung auf ihren möglichen oder wahrscheinlichen Erfolg beizumessen. Selbst die Schaffung eines bizonalen Flüchtlingsamtes als Dachverband aller Länderflüchtlingsverwaltungen würde keine positive Hilfe bedeuten, wenn sie nicht mit geradezu diktatorischen Machtbefugnissen gegen den Länderegoismus und -partikularismus ausgestattet sind.

Als positiv zu vermerken waren zwei Mitteilungen: Das bisherige Koalitionsverbot für Flüchtlinge ist auch in der britischen Zone gelockert und dem schon seit längerer Zeit in der amerikanischen Zone bestehenden Zustand angeglichen worden. Es sind Flüchtlingsorganisa-

tinnen auf sozialer und kultureller, nicht aber auf politischer Basis bis zur Kreisebene zugelassen, jedoch von der Registrierung im Vereinsregister abhängig gemacht. Ferner erhalten die Flüchtlinge der britischen Zone einschliesslich Bremen einen Zusatz von zehn Textilpunkten. Das waren die einzigen Lichtblicke aus den Mitteilungen über die Tagung der Flüchtlingsverwaltung, wobei man die Begünstigung in den Textilpunkten wohl kaum als einen besonderen Akt ausgleichender Gerechtigkeit betrachten kann. (t/he/87/388/2/he)

H.U.

Zeitungssterben in Frankreich

A. F., Paris, im Juli

Die französische Presse befindet sich augenblicklich finanziell in einer verzweifelter Lage. Eine Reihe von Tageszeitungen ist bereits eingegangen, andere haben ihren Betrieb zusammengelegt, um die Kosten zu verringern. Die Parteiblätter der Sozialisten, Volksrepublikaner und Kommunisten - "Populaire", "Aube" und "Humanité" - führen seit Wochen eine Sammelaktion durch, um sich jeweils zehn Mill. frs. zu verschaffen. Die beiden grossen Abendzeitungen - "France Soir" und "Paris Presse" - die zusammen eine Auflage von über einer Million Exemplaren haben, sind seit einigen Wochen in einer gemeinsamen Verwaltungsgesellschaft zusammengefasst und bilden zusammen mit dem "Intransigeant" einen wahren Zeitungstrust, der dem vor dem Kriege unrühmlich bekannten "Paris Soir" vergleichbar ist, zumal jedes der drei Blätter politisch eine andere Haltung hat, um so dem gesamten Publikum, mit Ausnahme der Kommunisten, gefallen zu können.

Die Ursachen dieses Niederganges sind zunächst in einem wesentlichen Rückgang des Verkaufs gegenüber den Vorkriegsjahren zu suchen, ferner darin, dass nur ein Bruchteil der Auflage an feste Besteller geht und der Rest auf Verkaufsstellen im ganzen Lande kommissionsweise verteilt wird, von denen im Durchschnitt 30%, oft sogar 50% zurückgegeben werden. Inserate sind verschwindend gering. Auf der Ausgabenseite belasten die hohen Vertriebskosten - beinahe 50% des Preises - das Budget der Zeitungen in untragbarer Weise. Ausserdem verfügen nur wenige Zeitungen über eigene Druckereien. Zu allem kommt ein katastrophaler Leistungsrückgang. Während 1938 zum Druck einer vierseitigen Zeitung 19 Arbeiter genühten, müssen jetzt 37 beschäftigt werden, weil sich die Druckergewerkschaft auf diese Weise gegen die Arbeitslosigkeit schützen will. Das gleiche Missverhältnis besteht in Verwaltung und Redaktion. Noch vor einem Jahr hatten die meisten Pariser Tageszeitungen für eine Ausgabe von vier Seiten 60 bis 80 festbesoldete Redakteure. Die Parteizeitungen haben ihren Mitarbeiterstab auf das äusserste eingeschränkt, verlieren aber damit auch jede Hoffnung, unpolitische Leser - und das ist die grosse Masse - zu gewinnen.

Bei den heutigen Verhältnissen sind nur diejenigen Blätter lebensfähig, die eine Mindestauflage von 300.000 Exemplaren haben, davon rund 80% verkaufen und wenigstens eine halbe Seite mit Inseraten füllen können.

Eine Ausnahme bildet der "Monde", der seine Auflage von 170.000 fast immer absetzt und die höchsten Annoncenerlöse aller Pariser Zeitungen hat.

Das französische Zeitungswesen arbeitet unter ungünstigen Bedingungen, da es durch die Sensationslust der Leser und die Reklamezurückhaltung der Geschäftswelt doppelt belastet ist. Eine Gesundung kann wohl nur durch eine völlige Umstellung der Arbeitsmethoden nach Grundsätzen strengster Wirtschaftlichkeit erreicht werden.

(b/285/A16/2/hs)

Wohltat und Attentat

H.K. Gelegentlich eines Besuchs des Sonderbeauftragten ^{des} Präsidenten Truman, Botschafter Harriman, in Frankfurt, wurde von alliierter Seite darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, zur Vertretung der deutschen Interessen bei den Verhandlungen um den europäischen Aufbau-
platz ausgezeichnete deutsche Sachverständige zur Verfügung zu haben und daß die Militärregierungen auf entsprechende Vorschläge warten.

Nachdem schon vor einigen Wochen zwei vom Verwaltungsrat für Paris auserkorene Leute wieder hinauskomplimentiert worden waren, weil, wie Herr Dr. Pünser sagte, sie nur für subalterne Aufgaben ausreichten, mußte man annehmen, daß man in Zukunft bei der Auswahl von Vertretern für einen so wichtigen Platz etwas vorsichtiger zu Werke gehen würde. Wie jetzt aus Kreisen des CDU-Verwaltungsrates bekannt wird, ist allen Ernstes Herr Wohltat präsentiert worden.

Herr Wohltat ist ein Mann von großen Erfahrungen auf dem Gebiete der europäischen Zusammenarbeit. Er hat sogar schon unter Hitler in der Branche gearbeitet. Nach ihm ist der "Wohltat-Plan" benannt, mit dem das Dritte Reich die Ausräuberung der Balkanstaaten betrieben hat. Seine Bemühungen um die europäische Wirtschaft - so wie die Nazis sie auffaßten - führten ihn unter anderem auch nach Holland, dessen Wirtschaft im Interesse des Dritten Reiches auch "gleichgeschaltet" werden mußte. Wenn Göring noch leben würde, könnte Herr Wohltat ihn als Referenz aufgeben, denn er war zweifellos einmal dessen persönlicher Vertrauensmann in Fragen des Vierjahresplanes und der Rüstungswirtschaft.

Herr Wohltat ist also zweifellos ein geeigneter Mann zur Vertretung Deutschlands gerade in dem Augenblick, in dem es darauf ankommt, die Nachbarvölker davon zu überzeugen, daß ein neuer Geist in unseren Lande eingekehrt ist. Manche Leute werden sagen, daß man so etwas nicht bekannt geben darf, weil es den nationalen Interessen abträglich sein könnte. Die Sozialbürokraten sind der Meinung, daß es geradezu nationale Pflicht ist, solche unanständigen Nachenschaften rechtzeitig anzuprangern. Ein Mann wie Wohltat ist zweifellos eine ausgezeichnete Visitenkarte für den Herrn Dr. Pünser geführten Verwaltungsrat und die Wahrheit, die diesen Verwaltungsrat zur Betreibung ihrer Geschäfte eingesetzt hat. - Für das neue Deutschland, das auf eine anständige Weise in die Welt zurückkehren möchte, ist Herr Wohltat keine Wohltat - und hinsichtlich des europäischen Aufbaus ist er sogar ein Attentat.

Vor Jahrzehnten noch konnten sich die satirischen Blätter Lebensfremder Bürokraten bemächtigen. Was dagegen in den letzten Jahren zu beobachten war, hatte in vielen Fällen mit einem Menschen von Fleisch und Blut ebenso wenig zu tun, wie mit einem dienstbeflissenen Sachwalter der öffentlichen Angelegenheiten. Entweder trat einem der souveräne Bürokrat ohne Herz entgegen, oder man fand den ob seines Hungers mißmutigen Beamten, der seine Laune an dem vor ihm anwesenden Publikum ausließ.

Es erstaunt daher nicht, daß allgemeine Darstellungen über den Abbau des in allen Kreisen über Gebühr aufgeblähten Verwaltungsapparates in der Bevölkerung mit Genugtuung zur Kenntnis genommen werden. Betrachtet man das Problem jedoch von der praktischen Seite, so erweist sich dieses bei der Lösung in sozialer und politischer Hinsicht als sehr schwierig. Kein Zweifel, die öffentliche Verwaltung steht seit dem Tage der Währungsreform unter der "Diktatur" der leeren Kassen. Aber es liegt schon jetzt im Interesse einer künftigen Personalpolitik des Amtes selbst, daß nicht einfach die Beaten und Angestellten einer überflüssig werdenden Dienststelle entlassen werden. Fachliche Eignung allein darf für den verantwortungsbewußten Behördenleiter nicht der einzig ausschlaggebende Faktor sein. Es muß vielmehr gefordert werden, daß alle diejenigen wirksamen Schutz genießen, für die der Verlust des Arbeitsplatzes ohne eigenes Verschulden lange Arbeitslosigkeit zur Folge haben würde. Das sind in erster Linie Kriegsbeschäftigte und ältere Angestellte. Wenn sich der radikale Personalabbau trotz dieser sozialen Gesichtspunkte nicht aufhalten läßt, muß es den Arbeitssündern zur Pflicht gemacht werden, die schnelle und bevorzugte Unterbringung jener besonders Benachteiligten zu versuchen. Darüber hinaus ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, Beamte, die das pensionsfähige Alter bereits überschritten haben, in den Ruhestand zu versetzen und der nachrückenden Jugend so den Weg in einen befriedigenden und auskömmlichen Beruf zu öffnen.

Von den bekannten "Wasserköpfen" der Wirtschaftsverwaltungen sagte ein Zentrumsabgeordneter vor dem Plenum des Wirtschaftsrates, er glaube, daß kaum mehr als die Hälfte des jetzigen Personals weiter beschäftigt werden könne. Das Semlersche Erbe in der Wirtschaftsverwaltung beläuft sich allein auf 2.300 Seelen, von denen nach sachgemäßer Prüfung nur 300 gebraucht werden. Das dazu gehörige Amt für Stahl und Eisen in Düsseldorf umfaßt etwa 350 Angestellte und Beamte, von denen aber nur 20 bis 30 erforderlich sind. Von den "arbeitsüberlasteten" Referenten dieser Verwaltungen wurden allein fünf hochbezahlte Fachkräfte für die Verteilung von Bindegarn benötigt. Eier wird ebenso wie in anderen Körperschaften der Länder mit einem eisernen Besen gefegt werden müssen.

Die große Gefahr, die im Zusammenhang mit den fällig werdenden Entlassungsdrohungen liegt, im Politischen. Es kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß man sich vielerorts der politisch unliebsamen Kräfte zu entledigen suchen wird, womit aber nicht etwa die noch braunen oder bereits entbräunten Beamten, sondern die bewußten, aber häufig sehr unbeliebten Demokraten verstanden werden. Hier haben die Behördenleiter eine große politische Verantwortung, die zu tragen ihnen die Betriebsräte durch tatkräftige Hilfe und die Presse durch ein wachsameres Auge zur Seite stellen sollten.

Politikus